



**› EIN STARKES EUROPA DURCH EINE  
STARKE KOMMUNALWIRTSCHAFT**

Europawahl 2019

## › 5 VORSCHLÄGE, FÜR DIE UNSER HERZ IN EUROPA SCHLÄGT...

- 1. Kommunalwirtschaftliche Strukturen in der EU anerkennen und fördern.**  
Die Regionen Europas sind sehr unterschiedlich. Es gibt keine „One-size-fits-all“-Lösungen. Daher ist die Organisationsfreiheit der Kommunen bei der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse wichtige Grundlage für unsere Kommunalwirtschaft. Diese gilt es nicht nur beizubehalten, sondern zu stärken.
- 2. Energieunion verwirklichen, aber auf Dezentralität und Flexibilität achten.**  
Europaweit sind die Voraussetzungen für einen klimafreundlichen und nachhaltigen Umbau des Energiesystems sehr unterschiedlich. Nur vor Ort können die richtigen Konzepte für die Energie- und Wärmewende gefunden und umgesetzt werden. Deshalb muss der europäische Energiebinnenmarkt einen Rahmen setzen, der lokalen und regionalen Akteuren ausreichend Flexibilität und Gestaltungsraum bietet.
- 3. Digitalisierung Europas vor Ort gestalten.**  
Der Zugang zu schnellem Internet entscheidet über die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und über die gesellschaftliche Teilhabe der Bürger. Moderne Rahmenbedingungen mit effektiven Förderszenarien bilden die Grundlage für den zügigen Ausbau von Gigabitinfrastrukturen. Dazu müssen kommunale Unternehmen im gleichen Umfang wie andere Marktteilnehmer auf Fördermittel zurückgreifen können.
- 4. Ökonomische und ökologische Trinkwasser- und Abwasserentsorgung in Europa.**  
Die Wasserver- und die Abwasserentsorgung sind grundlegende Elemente der kommunalen Daseinsvorsorge. Ressourcenschutz ernst zu nehmen, bedeutet, Einträge an der Quelle zu vermeiden. Daher bedarf es einer konsequenten Umsetzung des Vorsorge- und Verursacherprinzips auf europäischer Ebene.
- 5. Europäische Kreislaufwirtschaft durch effektive kommunale Abfallwirtschaft.**  
Für die Erfüllung anspruchsvoller Recyclingziele, wie sie in der Europäischen Union vereinbart wurden, braucht es ein Angebot der Wertstoffeffassung aus einer Hand. Dementsprechend muss den Mitgliedstaaten das Recht vorbehalten bleiben, die Erfassung von Siedlungsabfällen öffentlichen Körperschaften als Pflichtaufgabe zuzuweisen.

## › KOMMUNALE UNTERNEHMEN IN DEUTSCHLAND ...



Rund **1.500**  
kommunalwirtschaftliche  
Unternehmen

werden vom VKU in den Bereichen Energie-, Breitband- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung sowie Stadtreinigung vertreten. Das System Stadt ist unsere Kernkompetenz.



**114 Mrd.**  
Euro Umsatzerlöse

haben die VKU-Mitglieder 2017 erwirtschaftet. Dabei entfallen allein 81,2 Milliarden Euro auf die Energieversorger. Die Umsatzerlöse der Wasserwirtschaft belaufen sich auf 15,8 Milliarden Euro, die der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung auf 9,4 Milliarden Euro und die des Breitbandausbaus auf fast 1,25 Milliarden Euro.



**261.000**  
Mitarbeiter

sind in den VKU-Unternehmen beschäftigt. Zudem kommen auf jeden Vollzeitbeschäftigten eines VKU-Mitgliedsunternehmens nahezu zwei weitere Beschäftigte in Deutschland (1,8)<sup>9</sup>. So sichern die kommunalen Unternehmen Arbeitsplätze für insgesamt 731.000 Menschen von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen, von Görlitz bis Kleve, in Metropolen wie im ländlichen Raum.

## › ... UND IN EUROPA ...



**16.000**  
lokale Unternehmen

schließen sich im europäischen Verband der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen (CEEP) aus branchenübergreifenden Sektoren zusammen.



**85 Mio.**  
EU-Bürger werden täglich mit Energie versorgt

durch die 1.500 Unternehmen des europäischen Verbandes der lokalen und regionalen Energieunternehmen (CEDEC).



**226,9 Mio.**  
EU-Bürger beziehen zuverlässige Entsorgungsdienstleistungen

über die Unternehmen der Mitglieder im europäischen Verband der kommunalen Abfallwirtschaft, Municipal Waste Europe (MWE). Das sind rund 45 Prozent der europäischen Gesamtbevölkerung.



**11,5 Mio.**  
Mitarbeiter arbeiten EU-weit im Bereich Netzinfrastruktur

Energie, Wasser/Abwasser, Entsorgung, Transport, Post, Telekommunikation/Breitband.

## › INHALT

Grußwort	4
Vom Glück, unsere Zukunft wählen zu dürfen!	6
Kommunalwirtschaft im europäischen Binnenmarkt	10
Digitalunion vor Ort gestalten	12
Energieunion verwirklichen	14
Ökonomische und ökologische Trinkwasser- und Abwasserentsorgung in Europa	18
Europäische Kreislaufwirtschaft durch effektive kommunale Abfallwirtschaft	22
Vernetzung der kommunalen Unternehmen in Europa	26
Best Practices der Kommunalwirtschaft in Deutschland	30
Ein Blick auf unsere europäischen Dachverbände	32

<sup>9</sup> Multiplikatoren gemäß VKU-Studie „Kommunale Wertschöpfung“ des Kompetenzzentrums Daseinsvorsorge der Universität Leipzig, 2015



*„Kommunale Daseinsvorsorge sichert Lebensqualität. Sie ist ein regionaler Stabilitätsanker in einer globalisierten Welt und schafft damit Sicherheit und Vertrauen.“*

Michael Ebling, Präsident Verband kommunaler Unternehmen e.V. und Oberbürgermeister der Stadt Mainz

## Kommunale Daseinsvorsorge in Europa

Kommunale Unternehmen sind zuverlässige und tragfähige Säulen für Leben, Wirtschaft und Zusammenhalt in Europa. Kommunale Daseinsvorsorge sichert Lebensqualität. Sie ist ein regionaler Stabilitätsanker in einer globalisierten Welt und schafft damit Sicherheit und Vertrauen. Eine Europapolitik, die auf gleichwertige Lebensverhältnisse und Vielfalt setzt, muss daher die Rolle kommunaler Unternehmen stärken.

Die Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, sind groß. Eine wesentliche Aufgabe ist es, den Bürgerinnen und Bürgern die politische Grundidee Europas wieder näherzubringen und für diese zu werben: Zusammenhalt und Zusammenarbeit schaffen Frieden, wirtschaftliche Prosperität und Stärke in einer komplizierter werdenden globalisierten Welt. Europa erlebbar und erfahrbar zu machen, heißt ganz konkret, Lebensqualität vor Ort zu sichern und Perspektiven für eine moderne Welt zu schaffen – auf der Basis und in Anerkennung des europäischen Werte- und Rechtsrahmens. Kommunale Unternehmen tragen mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen ganz wesentlich dazu bei.

In Zeiten des Umbruchs, von denen Europa in den vergangenen Jahrzehnten einige erlebt hat, haben kommunale Unternehmen für Stabilität gesorgt und damit den Boden für wirtschaftliches Wachstum und Lebensqualität bereitet: Unser Leben in Europa sähe ohne funktionierende Abfall- und Abwasserentsorgung, ohne die Versorgung mit Strom und Wasser, ohne den öffentlichen Nahverkehr sowie ohne ein umfangreiches Netz von Straßen und Brücken anders aus! Geschaffen haben diese Infrastrukturleistungen oft kommunale Unternehmen. Sie arbeiten mit Nachdruck daran, die Herausforderungen der Zukunft ebenso zu meistern wie die der Vergangenheit: Sie bringen schnelles Internet auch in entlegene Gebiete, sie sorgen für die Integration von Geflüchteten, sie rollen E-Ladeinfrastruktur aus und bieten maßgeschneiderte Angebote für digitalisierte Energieversorgung. Das ist moderne Daseinsvorsorge im 21. Jahrhundert. Damit sorgen sie seit Jahrzehnten für Lebensqualität vor Ort und zeigen Tag für Tag, dass sie wandlungsfähig sind und mit der Zeit gehen.

Auch die Bedeutung der Kommunalwirtschaft für den Arbeitsmarkt ist groß. Sie sichert direkt und indirekt Arbeitsplätze für insgesamt 731.000 Menschen allein in Deutschland. Europaweit beschäftigen die öffentlichen Arbeitgeber rund 66 Millionen Menschen und zählen mit rund 30 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich zu den größten Arbeitgebern in der Europäischen Union.

Die Bürgerinnen und Bürger wissen das zu schätzen. Im jährlichen Vertrauensranking des Meinungsforschungsinstituts Forsa liegen die kommunalen Unternehmen auf Platz fünf. 72 Prozent der befragten Bürger haben großes oder sogar sehr großes Vertrauen in kommunale Unternehmen. Das ist beeindruckend. Im Lichte sinkender Vertrauenswerte in viele Institutionen des öffentlichen Lebens ist die Politik gut beraten, kommunale Strukturen zu stärken.

Wie das aussehen kann und vor welchen Herausforderungen die kommunale Wirtschaft derzeit steht, haben wir als Spitzenverband der kommunalen Wirtschaft in dieser Broschüre zusammengefasst. Treten Sie zu den vielfältigen Themen der kommunalen Unternehmen mit uns und unseren rund 1.500 Mitgliedern in den Dialog. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!

Michael Ebling, Präsident Verband kommunaler Unternehmen e.V. und Oberbürgermeister der Stadt Mainz

## › VOM GLÜCK, UNSERE ZUKUNFT WÄHLEN ZU DÜRFEN!

*„Nur gemeinsam können wir Europäer auch in Zukunft die Welt mitgestalten. Auf Basis unserer Werte wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.“*

Katherina Reiche, Hauptgeschäftsführerin Verband kommunaler Unternehmen e.V. und Parlamentarische Staatssekretärin a.D.



### › Warum die Europäische Union und die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 so immens wichtig sind.

Noch nie gab es so lange Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent. Was heute für uns selbstverständlich erscheint, haben sich Generationen von Menschen über Hunderte von Jahren sehnsuchtsvoll gewünscht und bitter erkämpft. Europa heißt daher Streben und Verlangen nach Freiheit, nach Sicherheit und nach Wohlstand.

Wer als Europäer Ahnenforschung betreibt, findet in jeder Generation vor 1945 mindestens einen Vorfahren, der in den Krieg ziehen musste – und oft nicht zurückkam. Sicherheit, hoher Lebensstandard und gleiche Grundwerte – das war nicht immer so: Millionen von jungen Europäern lagen sich in den letzten Jahrhunderten im Herzen Europas in den Schützengräben gegenüber. Das Leid und Elend der Schlachtfelder von Verdun oder Ypern etwa ist unvergessen, die Bilder vom Europa in Schutt und Asche mahnen uns. Jean-Claude Juncker hat es trefflich formuliert: „Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen.“

Heute ziehen junge Menschen zum Erasmus-Studienjahr ins europäische Ausland, erkunden per Interrailticket unseren Kontinent, arbeiten danach oft grenzüberschreitend und zahlen in Lissabon, Wien oder Paris mit der gleichen Währung. Eine großartige Errungenschaft: Aus Feinden wurden Partner, die in Freiheit zusammenleben!

Frieden und Sicherheit – das ist das Versprechen Europas. Und daran hat die Europäische Union maßgeblichen Anteil. Dieses Erfolgsprojekt beschert uns die längste Friedensphase seit dem Ende des Römischen Reichs.

Mit künftig 27 Mitgliedstaaten und fast einer halben Milliarde Menschen sind wir eine enorme Wirtschaftskraft – nach innen und nach außen. Im Binnenmarkt zirkulieren unsere Güter und Dienstleistungen, was unsere Arbeitsplätze sichert und unsere Innovationskraft stärkt. Arbeitnehmer ziehen dorthin, wo sie Arbeit finden, und der für das Wirtschaften erforderliche Kapitalverkehr fließt grenzfrei in der Europäischen Union.

Nach außen setzen wir Standards und Ausrufezeichen mit unseren Produkten. Jede europäische Nation wäre allein viel zu klein, um mit ihren Normen, Mustern oder Werten durchzudringen oder gar Maßstäbe zu setzen. Nur gemeinsam können wir Europäer auch in Zukunft die Welt mitgestalten. Auf Basis unserer Werte wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Die europäische Integration ist ohne Alternative. Energie, schnelles Internet, verlässlicher Verkehr, sauberes Wasser, Recycling und Lebensqualität in den Städten – für all diese Herausforderungen ist das nationale Korsett mittlerweile viel zu eng. Wir Europäer müssen lernen, in der Welt noch viel klarer mit einer Stimme zu sprechen – ohne in jene Bereiche einzugreifen, die am besten vor Ort, in den Kommunen und Regionen, gestaltet werden können. Europa muss daher immer auch ein Europa der Subsidiarität sein. Dafür setzt sich deutlich auch die Kommunalwirtschaft

*„Es war noch nie so wichtig wie jetzt, unser Europäisches Parlament demokratisch zu legitimieren und jenen Kräften die Stirn zu bieten, die zurück wollen in Kleinstaaterei, in Abgrenzung, Brotneid und Feindseligkeit.“*

Katherina Reiche, Hauptgeschäftsführerin Verband kommunaler Unternehmen e.V. und Parlamentarische Staatssekretärin a.D.

ein. Aber das, was nur grenzüberschreitend und gemeinsam Sinn macht, das, was nur europäisch zum Erfolg führt, muss durch europäische Institutionen entschieden werden. Dazu bedarf es starker demokratischer Legitimation.

Die europäischen Gesetzgebungsprozesse sind von Beginn an sehr transparent. Bei den Bürgern kommen dennoch meist erst die fertigen Ergebnisse an. Das liegt auch daran, wie wir in den einzelnen Mitgliedstaaten über Europa sprechen bzw. schweigen. Es fehlt noch an einer starken europäischen Öffentlichkeit! Hier gilt es zu beleuchten, zu erklären und zu kommunizieren! Das tun auch wir, der VKU – zum Beispiel mit dieser Broschüre. Die in der kommenden Legislaturperiode anstehende deutsche Ratspräsidentschaft (Juli bis Dezember 2020) bietet dafür ebenfalls eine große Chance.

Denn jede demokratisch verfasste Gemeinschaft braucht nicht nur Identifikation und Akzeptanz, sondern zunächst die für die demokratische Willensbildung erforderliche Kommunikation. Nur dadurch kann es erkennbar und verständlich werden, wie unsere europäischen Institutionen arbeiten und was sie erreichen und was das für den Einzelnen ganz konkret bedeutet:

Klares sauberes Leitungswasser, weltweit führende Standards bei der Qualität unserer Lebensmittel oder bei der Art, wie wir mit Abfall umgehen, Recyclingfolge, um die uns die Welt

benedet, und sichere Energie, um im Spektrum der Daseinsvorsorge zu bleiben.

Europäische Öffentlichkeit entsteht am besten nah am Bürger, in den Kommunen. Als Kommunalwirtschaft wollen wir das Vertrauen, das wir bei den Bürgerinnen und Bürgern genießen, nutzen, um vor Ort für die europäische Idee zu werben. Die anstehende Europawahl ist dafür ein sehr guter Anlass.

Es war noch nie so wichtig wie jetzt, unser Europäisches Parlament demokratisch zu legitimieren und jenen Kräften die Stirn zu bieten, die zurück wollen in Kleinstaaterei, in Abgrenzung, Brotneid und Feindseligkeit. Denen, die das vermeintlich Einfachere postulieren und längst überwundene Gräben wieder aufzureißen versuchen.

Es gilt, die weltweit wohl einmalige Melange aus individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, aus demokratischer Teilhabe und Rechtsstaatlichkeit zu bewahren und zu stärken. Europa ist Verantwortung und steter Auftrag!

Denn wir dürfen niemals vergessen, dass es ein großes Glück ist, um das uns auch 2019 noch Milliarden Menschen weltweit beneiden: Dass wir unser Europäisches Parlament in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl selbst bestimmen dürfen.



## › KOMMUNALWIRTSCHAFT IM EUROPÄISCHEN BINNENMARKT

Die Kommunalwirtschaft macht Europa lebenswert und wirtschaftlich erfolgreich. Sie stärkt durch ihre tägliche Arbeit die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents und trägt mit ihrer Vielzahl an regional verankerten Unternehmen zur europäischen Vielfalt bei. Durch die Grundversorgung und das Bereitstellen von Infrastrukturen sind kommunale Unternehmen entscheidend für das Wirtschaftswachstum der Europäischen Union. Bürger und Wirtschaft in allen Städten, Regionen und Gemeinden Europas können sich auf ihre Dienstleistungen verlassen. Rund um die Uhr liefern sie zuverlässig Strom, Gas, Wärme, Wasser und Zugang zum Internet. Sie kümmern sich um Abwasser und Abfall, die Stadtreinigung und den öffentlichen Personennahverkehr. Die kommunale Daseinsvorsorge schafft die Grundlage für ein selbstbestimmtes, nachhaltiges Leben und Arbeiten in Europa.

**Damit dies so bleibt, benötigen wir die Unterstützung der europäischen Gesetzgeber in folgenden Bereichen:**

› **Organisationsfreiheit der Kommunen beibehalten und stärken:**

Die Städte und Regionen Europas sind sehr unterschiedlich. Einheitslösungen für alle – von Schweden bis Spanien – helfen oft nicht weiter. Kommunen brauchen möglichst viel Organisationsfreiheit, um ihre Dienstleistungen möglichst effektiv zur Verfügung stellen zu können – je nach örtlicher Gegebenheit. Daher sollten kommunalwirtschaftliche Strukturen bei der Gestaltung des europäischen Binnenmarktes oder von Handelsabkommen respektiert werden.

### MEINUNGEN ZUR PRIVATISIERUNG VON VERSORGUNGSLEISTUNGEN \*

Die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser sollte in der öffentlichen Hand verbleiben

\* an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Quelle: Repräsentative Haushaltskundenbefragung durch forsa, Dezember 2015

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

# 81

Prozent der Befragten sagen, die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser sollte in der öffentlichen Hand verbleiben.

› **Geltungsbereich der europäischen KMU-Definition auch auf kommunale KMU ausweiten:**

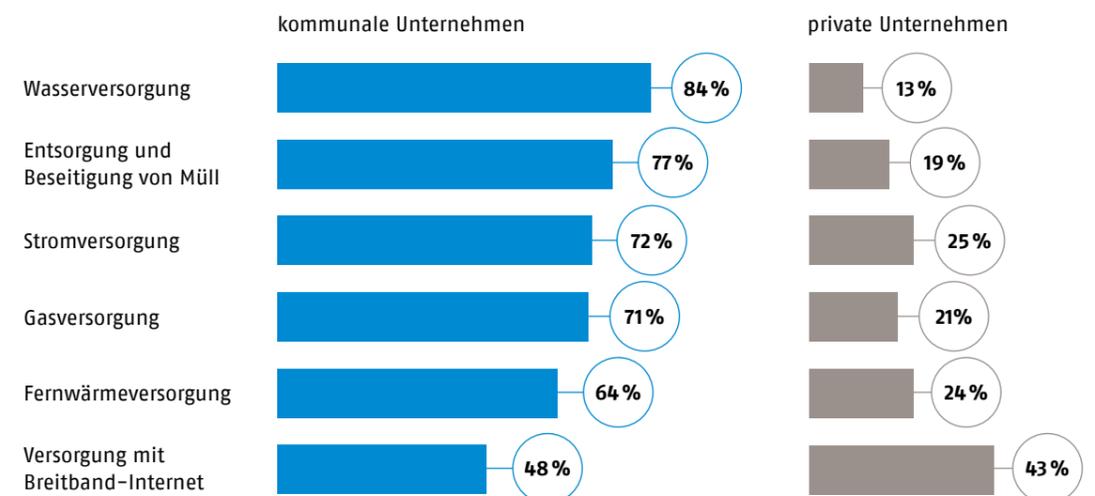
Aufgrund ihrer Größe und Mitarbeiterzahl sind die meisten kommunalen Unternehmen in Europa de facto kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Dennoch schließt die europäische KMU-Definition kommunale Unternehmen aus, sofern diese zu

25 Prozent oder mehr von einem öffentlichen Organ kontrolliert werden. In der Praxis führt dies regelmäßig zu Nachteilen, sei es bei der Bürokratie oder beim Zugang zu Förderprogrammen. Das muss sich ändern: Für die Entscheidung, ob ein Unternehmen ein KMU ist oder nicht, sollte eine öffentliche oder privatwirtschaftliche Eigentümerschaft keine Rolle spielen. Ziel ist: mehr Effizienz, weniger Hürden für alle KMU!

### VER- UND ENTSORGUNG: DURCH KOMMUNALE ODER PRIVATE UNTERNEHMEN?

Für die jeweilige Aufgabe sollte zuständig sein

\* an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Quelle: Repräsentative Haushaltskundenbefragung durch forsa, Dezember 2015

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

## › DIGITALUNION VOR ORT GESTALTEN

Ein schneller Breitbandanschluss gehört längst zur modernen Daseinsvorsorge dazu. Er ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe aller Bürger, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Nur mit einem möglichst flächendeckenden Gigabitnetz lassen sich Konzepte wie Industrie 4.0, Smart City und autonomes Fahren umsetzen. Die Kommunen und kommunalen Unternehmen stellen dafür vor Ort die Weichen. In Deutschland versorgen sie bereits über sechs Millionen Kunden mit Glasfaserinfrastruktur.

**Um die Daseinsvorsorge 4.0 zu stärken, benötigen wir passende Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene:**

### › Flächendeckenden Glasfaserausbau fördern:

Die Gigabitgesellschaft gibt es nur mit Glasfaser. Darauf setzt auch die Europäische Kommission. Um den flächendeckenden Aufbau einer Glasfaserinfrastruktur in ganz Europa voranzutreiben, müssen kommunale Unternehmen im gleichen Umfang wie andere Marktteilnehmer auf Fördermittel zurückgreifen können.

### › EU-Kostensenkungsrichtlinie für den Breitbandausbau nachbessern:

Die EU-Richtlinie zur Kostensenkung will den Breitbandausbau kosteneffizienter gestalten. Wenn ohnehin Bauarbeiten stattfinden, soll Breitband einfach mitverlegt werden können. Derzeit führt die Richtlinie allerdings oft zu destruktivem Doppel- bzw. Überbau. Das heißt, ein Telekommunikationsunternehmen kann eine Glasfaserleitung mitverlegen, sobald ein anderer Netzbetreiber eine Straße aufgräbt. Dies gefährdet häufig den Business Case des Erstausbauers und führt zu volkswirtschaftlicher Ineffizienz. Der VKU fordert dementsprechend eine Klarstellung oder Änderung der EU-Richtlinie.

### Digitalunion durch faire und verantwortungsvolle Datenwirtschaft

Daten sind die Basis für die europäische Ökonomie des 21. Jahrhunderts. Auch die öffentliche Daseinsvorsorge entwickelt sich mit effizienter Datennutzung weiter, beispielsweise für eine intelligente Steuerung der Stadt der Zukunft. Ein Schlüssel zum Erfolg ist dabei ein verantwortungsbewusster Umgang mit sensiblen Daten. Kommunale Unternehmen genießen hier zu Recht großes Vertrauen seitens der Bürger. Das gilt es zu bewahren.

**Um den bestmöglichen digitalen Service zu bieten, benötigen wir auf europäischer Ebene passende Rahmenbedingungen:**

### › Faire Datennutzung:

Öffentliche Unternehmen stehen genauso im Wettbewerb wie private. Sie sind keine Behörden! Sie einseitig zu kostenlosen Datenlieferanten zu degradieren, gefährdet ihre Wettbewerbsfähigkeit und würgt Innovation ab. Wir brauchen daher bei der Datenweitergabe gleiche Regeln für alle – ein europäisches „Level-Playing-Field“.

### › Datenschutz und Cybersicherheitsmaßnahmen:

Kommunale Unternehmen haben eine besondere Verantwortung für ein hohes Datenschutzniveau. Sie verfügen über sensible Daten der Bürger und müssen als Betreiber kritischer Infrastrukturen die IT-Systeme vor Cyberangriffen schützen. Alle datenschutzrechtlichen Initiativen auf EU-Ebene müssen eine Balance finden, einerseits ein hohes Schutzniveau zu bieten, andererseits digitale Innovationen zu ermöglichen.

*„Die Digitalisierung der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft bedarf europäischer Regelungen und Lösungen. Kommunale Unternehmen müssen dabei als wesentlicher Akteur der digitalen Transformation vor Ort mitgenommen werden. Sie genießen ein hohes Vertrauen der Bürger.“*

Timo Poppe, Vorsitzender Ausschuss Digitalisierung,  
Verband kommunaler Unternehmen e.V. und Vorstand Infrastruktur  
und Finanzen der SWB AG, Bremen





## ENERGIEUNION VERWIRKLICHEN

*„Zur Erreichung der europäischen Energie- und Klimaziele muss das Gemeinschaftsprojekt der Energieunion weiter vorangebracht werden. Neben der Versorgungssicherheit und der Dekarbonisierung ist der gemeinsame Energiebinnenmarkt von zentraler Bedeutung. Dieser muss Wettbewerb, gleiche Rechte und Pflichten für alle Marktteilnehmer sowie klare Regeln zum Schutz der Verbraucher bieten.“*



Andreas Feicht, Vizepräsident kommunaler Unternehmen e.V. und Vorsitzender der Geschäftsführung WSW Wuppertaler Stadtwerke

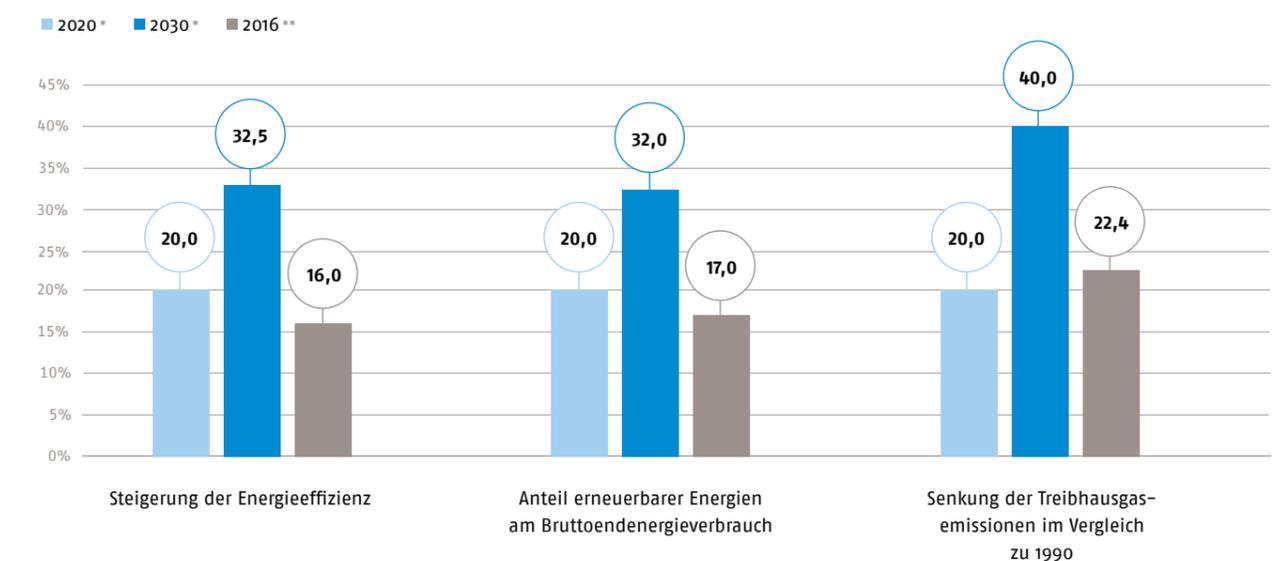
In Deutschland gestalten lokal und regional rund 900 Stadtwerke die Energiewende: Sie investieren in Wind- und Solarparks, Speicher, Elektromobilität, moderne KWK-Anlagen und in die Digitalisierung der Netze. Sie sind Systemmanager und Experten für ganzheitliche Konzepte zur Energieversorgung. Als Betreiber von Stromverteil-, Wärme- und Gasnetzen halten sie den Schlüssel der „Sektorenkopplung“ in ihrer Hand. Auch auf europäischer Ebene muss die Leistung der deutschen Kommunalwirtschaft bei der Energie- und Klimawende anerkannt werden.

**Um die Energieunion zu verwirklichen, sind folgende Punkte wichtig:**

**Mehr Markt für alle Teilnehmer:**

Eine echte Energieunion braucht zunächst die gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer. Dieses „Level-Playing-Field“ sollte sich an marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientieren. Etablierte und neue Energiedienstleister haben dort ihren Platz – die Stadtwerke genauso wie der Eigenheimbesitzer mit der Solaranlage auf dem Dach.

### EU-ENERGIE- UND -KLIMAZIELE FÜR DIE JAHRE 2020 UND 2030 GEGENÜBER IST-ZUSTAND 2016



\* Die Jahre 2020 sowie 2030 spiegeln die politischen Ziele der Europäischen Union wider.  
 \*\* Aktueller Ist-Zustand der Mitgliedstaaten anhand des Jahres 2016.

Quelle: eigene Recherchen aus Datenbank von Eurostat

› **Weniger Regulierung, mehr Flexibilität:**

Die neue Energiewelt mit ihren schwankenden Strommengen erfordert ein Höchstmaß an Flexibilität von allen Beteiligten. Wir brauchen eine ebenso schlanke wie flexible Regulierung, die einen klaren Rahmen setzt und zugleich den einzelnen Akteuren möglichst viel Freiheit lässt.

› **Erneuerung und Ausbau der Netzinfrastruktur:**

Die Einspeisung erneuerbaren Stroms findet hauptsächlich vor Ort, in den so genannten Verteilnetzen, statt. Damit steigen die Anforderungen an die Verteilnetzbetreiber. Diese Entwicklung muss sich in der Brüsseler Gesetzgebung niederschlagen, damit der Ausbau der Verteilnetze mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien Schritt hält, Netzbetreiber ihre Netze intelligenter und effizienter in Eigenverantwortung steuern und die einzelnen Mitgliedstaaten Verbrauch und Erzeugung lokal und regional ermöglichen können – auch zur Entlastung der Übertragungsnetzebene.

› **Dezentrale Netzsteuerung erleichtern:**

In einem dezentralisierten Energiesystem müssen Verteilnetzbetreiber stärker zum sicheren Netzbetrieb und zur Versorgungssicherheit beitragen. Ihre Bedeutung für das Gesamtsystem nimmt zu, ebenso wie die Wechselwirkungen zwischen den Netzebenen. Aufgrund der gestiegenen Anforderungen muss sich auch die Zusammenarbeit der Netzbetreiber qualitativ weiterent-



wickeln. EU-Vorgaben sollten die Entwicklung von Kooperationen zwischen Netzbetreibern oder mit anderen Akteuren des Energiemarkts nicht behindern, sondern unterstützen.

› **Mehr klimafreundliche Wärmeversorgung:**

Wärmenetze können einen erheblichen Beitrag zur Energiewende im Gebäudebereich leisten, gerade in Ballungsgebieten. Das Zusammenspiel von Netz und Erzeugung ermöglicht eine hohe Effizienz, weshalb eine Dritteinspeisung – anders als bei Strom und Gas – nicht ohne weiteres sinnvoll ist. Zudem lassen sich durch quartiersbezogene Konzepte mehr Potenziale erschließen als durch gebäudebezogene. Dies muss die europäische Gesetzgebung berücksichtigen.

› **Auf Gas als Ergänzung zu den Erneuerbaren setzen:**

Der bereits vorhandenen Erdgasinfrastruktur wird eine Schlüsselrolle für die Dekarbonisierung der Energieversorgung zukommen. Gas kann grün! Gaskraftwerke können Lastspitzen auffangen. Erdgas bietet kurzfristig erhebliche Potenziale zur CO<sub>2</sub>- und Schadstoffminderung, sowohl im Verkehrs- als auch im Wärmebereich. Die Technologie Power-to-Gas kann große Teile des überschüssigen Stroms aus Erneuerbaren-Anlagen in „grünes Gas“ umwandeln.

› **Effiziente Fördersysteme für erneuerbare Energien:**

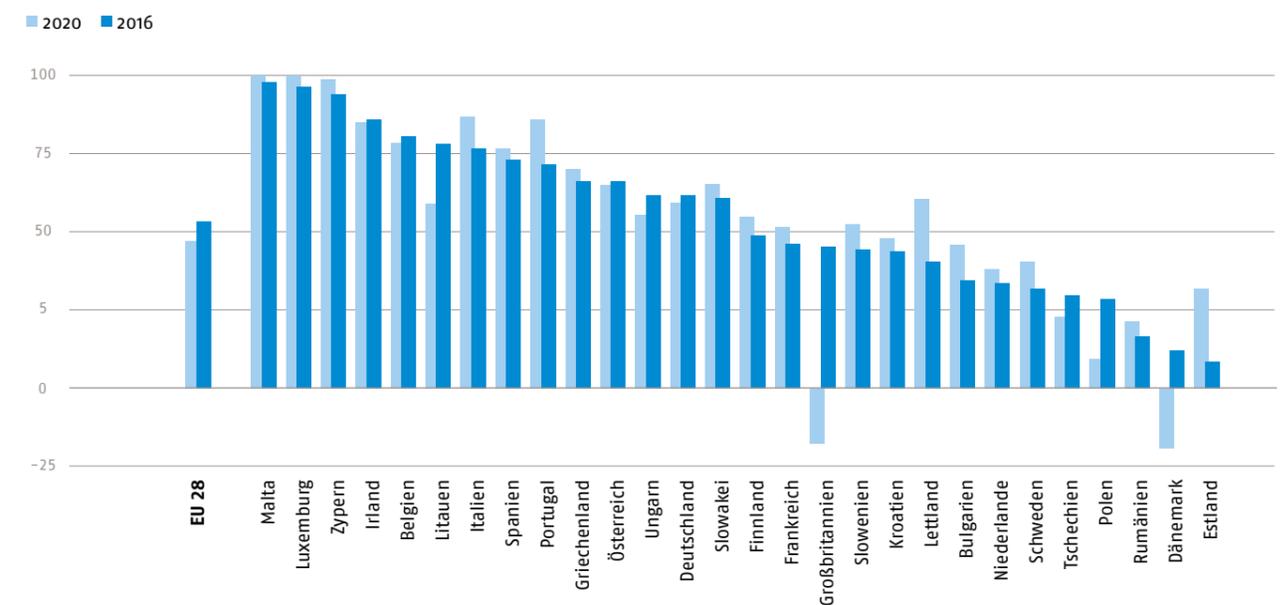
Die Stromerzeugung aus Wind, Sonne, Biomasse oder Wasserkraft unterscheidet sich vor Ort erheblich. Solarkraft hat beispielsweise in Irland oder Litauen wenig Potenzial. Mitgliedstaaten müssen daher die Möglichkeit haben, Strom aus erneuerbaren Energien technologiespezifisch fördern zu können.

› **Konsequente Weiterentwicklung der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe:**

In Deutschland werden über die Hälfte aller E-Ladepunkte und die meisten der etwa 800 Erdgastankstellen durch kommunale Unternehmen betrieben. Gerade in den vorstädtischen und ländlichen Gebieten kommt ihnen eine entscheidende Rolle zu. Damit eine flächendeckende Ladeinfrastruktur sowie ein leistungsfähiges Tankstellennetz für Wasserstoff und Erdgas entstehen können, muss der europäische Rechtsrahmen die dafür erforderlichen Anreize und Freiheiten setzen.



**ENERGIE-ABHÄNGIGKEITSRATE IN DER EU (IN PROZENT DER ENERGIE-EINFUHREN AM GESAMTEN ENERGIEVERBRAUCH)**



Quelle: Datenbank Eurostat

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



## › ÖKONOMISCHE UND ÖKOLOGISCHE TRINKWASSERVER- UND ABWASSERENTSORGUNG IN EUROPA

Sauberes Trinkwasser von Stockholm bis Valletta: Das leistet die kommunale Wasserver- und Abwasserentsorgung. Sie schafft damit Lebensqualität in allen europäischen Regionen. Allein in Deutschland versorgen die kommunalen Unternehmen die Bürger mit durchschnittlich 121 Litern Trinkwasser pro Tag. Trinkwasser ist das Lebensmittel Nummer eins. Damit es auch künftig bedenkenlos und ohne negative Gesundheitsauswirkungen ein

Leben lang getrunken werden kann, müssen Einträge von Schadstoffen in den Wasserkreislauf möglichst früh vermieden werden.

Zudem sichern die kommunalen Unternehmen die fach- und umweltgerechte Entsorgung des Abwassers. Sie betreiben ein Kanalnetz von 135.000 Kilometern. Das entspricht fast elf Mal der Länge der deutschen Autobahnen.

### MIKROVERUNREINIGUNGEN IN GEWÄSSERN

*„Der Schutz der Wasserressourcen durch die frühzeitige Vermeidung und Reduzierung von Schad- und Nährstoffeinträgen kann nicht an Landesgrenzen Halt machen. Das Verursacherprinzip und das Vorsorgeprinzip müssen auf EU-Ebene konsequent umgesetzt werden.“*



Karsten Specht, Vizepräsident Verband kommunaler Unternehmen und Geschäftsführer (Sprecher) des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV)

ETWA  
**8.100**

TONNEN POTENZIELL UMWELTRELEVANTER ARZNEIMITTEL IN DEUTSCHLAND VERWENDET.



JÄHRLICH **630.000**

TONNEN CHEMIKALIEN AUS WASCHE- UND REINIGUNGSMITTELN VON PRIVATEN HAUSHALTEN IM ABWASSER.



**117.743**

TONNEN PFLANZENSCHUTZMITTEL 2014 INNERHALB DEUTSCHLANDS ABGEGEBEN.



**10.500**

VERSCHIEDENE SUBSTANZEN IN KOSMETIK-PRODUKTEN UND KÖRPERPFLLEGEMITTELN.

Mit ca.

# 121

Liter Trinkwasser versorgen die kommunalen Unternehmen die Bürger allein in Deutschland pro Tag.

**Damit dies so bleibt, benötigen wir auf europäischer Ebene folgende Rahmenbedingungen:**

› **Vorsorgenden Gewässerschutz:**

Schad- und Nährstoffe, die gar nicht erst ins Wasser gelangen, muss man später auch nicht mehr herausfiltern. Wir brauchen daher eine konsequente Umsetzung des Verursacher- und des Vorsorgeprinzips auf europäischer Ebene. Erst am Ende der Kette anzusetzen, ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Kläranlagen und Wasserwerke dürfen nicht zu Reparaturbetrieben degradiert werden.



› **Wasserschutz ist ein Querschnittsthema:**

Für nachhaltig sauberes Trink- und Grundwasser muss europäische Regulierung auch andere Sektoren mitdenken, beispielsweise bei Arzneimitteln oder der Gemeinsamen Agrarpolitik. Dort könnte man auch positive Anreize setzen, etwa, indem man die Leistungen von Landwirten für den Gewässerschutz und reduzierte Nitratreinträge gezielt belohnt.

› **Wasserrahmenrichtlinie verlängern:**

Der Zustand der Gewässer in der EU hat sich im Laufe der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie deutlich verbessert. Ihr Umweltziel muss beibehalten werden, eine Abschmelzung darf nicht erfolgen. Die Wasserrahmenrichtlinie muss auch über 2027 hinaus Grundlage für die Gewässerbewirtschaftung bleiben.

› **Anpassung an den Klimawandel:**

Von Dürre bis hin zu Starkregen – durch den Klimawandel nehmen Wetterextreme in ganz Europa zu. Die EU sollte daher Maßnahmen ergreifen, um alle Mitgliedstaaten für diese Wetterereignisse zu wappnen. Dabei müssen die Maßnahmen so flexibel sein, dass sie die unterschiedlichen lokalen und regionalen Bedingungen der Mitgliedstaaten wie auch die besonderen Bedingungen von Ballungsräumen und Städten angemessen berücksichtigen. Für mehr Grün und Blau im Grau bedarf es individueller Konzepte der Kommunen.



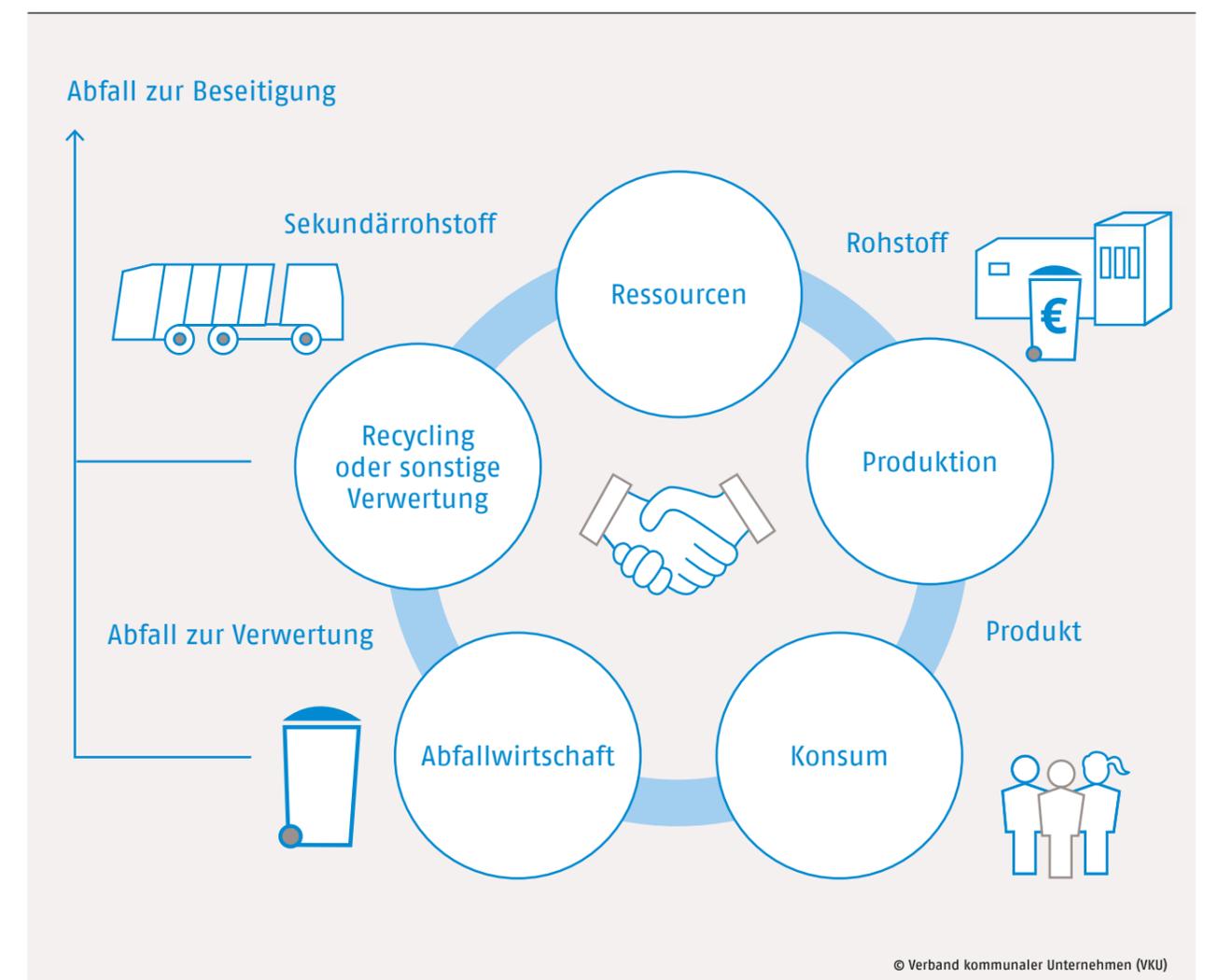


## › EUROPÄISCHE KREISLAUFWIRTSCHAFT DURCH EFFEKTIVE KOMMUNALE ABFALLWIRTSCHAFT

Kommunale Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetriebe sorgen für ein sauberes Stadtbild, einen verlässlichen Winterdienst sowie die Vermeidung und schnelle Beseitigung von Müll. Sie entsorgen in Deutschland jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall – das entspricht dem Gewicht des Berliner Fernsehturms. Dabei haben

sie sich in den vergangenen Jahren zu einer Kreislaufwirtschaft entwickelt, bei der immer weniger Ressourcen als Abfälle den Kreislauf verlassen, sondern als Sekundärrohstoffe dem Kreislauf erhalten bleiben.

### WAS BEDEUTET KREISLAUFWIRTSCHAFT?



*„Die Verschmutzung der Umwelt und unserer Meere durch Kunststoffabfälle, Ressourcenschutz sowie die Klimaziele stellen nicht nur Deutschland, sondern die gesamte EU vor große Herausforderungen. Diese Probleme und Zielvorgaben können wir nur europäisch lösen.“*



Patrick Hasenkamp, Vizepräsident Verband kommunaler Unternehmen und Betriebsleiter AWM Abfallwirtschaftsbetriebe Münster

Die Kreislaufwirtschaft benötigt folgende Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene:

› Wertstofffassung aus einer Hand:

Für die Erfüllung europäischer Recyclingziele braucht es ein Angebot der Wertstofffassung aus einer Hand. Dementsprechend muss den Mitgliedstaaten das Recht vorbehalten bleiben, die Erfassung von Siedlungsabfällen den öffentlichen Körperschaften als Pflichtaufgabe zuzuweisen.

› Schnittstelle zwischen Chemikalien- und Abfallrecht anpassen:

Laut europäischem Abfallrecht sollen so viele Rohstoffe wie möglich recycelt werden. Durch dieses maximale Recycling gelangen aber häufig Schadstoffe zurück in den Kreislauf. Gleichzeitig fordert das Chemikalienrecht immer strengere Vorgaben für Chemikalien in Produkten. Dies passt nicht zusammen. Recyclingunternehmen müssen die Inhaltsstoffe einer Verpackung kennen, um entweder Materialien zurückzugewinnen oder zu verbrennen. Die Europäische Union muss die Schnittstelle zwischen Chemikalien- und Abfallrecht anpassen und Hersteller verpflichten, über die Inhaltsstoffe ihrer Produkte zu informieren bzw. diese Informationen zugänglich zu machen.

› Überarbeitung der Ökodesign-Richtlinie:

Ein Markt für Sekundärrohstoffe könnte die Menge an Kunststoffabfällen in den Meeren reduzieren. Ob er funktioniert, hängt wesentlich von der Beschaffenheit der Produkte ab. Die Europäische Union muss daher die Anforderungen an Verpackungen in der Ökodesign-Richtlinie verschärfen.

› Pfandsysteme und Mehrweg stärken:

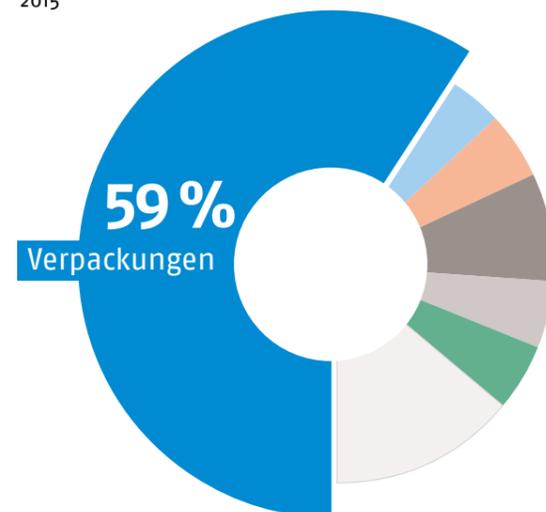
Pfandsysteme werden in einer wachsenden Zahl von Mitgliedstaaten genutzt. Die Europäische Kommission sollte diese bei der Einführung unterstützen und Optionen für ein einheitlicheres Vorgehen prüfen. Dabei gilt: Mehrweg ist besser als Einweg, Glas ist besser als Plastik.

› Europäische Programme zur Förderung des Bürgerengagements:

Programme und Aktionstage, wie etwa die Kampagne „Let’s Clean Up Europe“ und die „Europäische Woche der Abfallvermeidung“, sind als Ergänzung zur kommunalen Stadtreinigung und Abfallwirtschaft sehr wichtig und führen zu einer wünschenswerten Sensibilisierung für den Umweltschutz. Die Europäische Union sollte dies weiter fördern.

DAS EU-PLASTIKABFALLAUFKOMMEN VERTEILT AUF FOLGENDE BEREICHE

2015



- Verpackungen: 59%
- Plastikabfälle im Haushalt ohne Verpackungen: 4%
- Bau- und Abbruchabfälle: 5%
- Elektrische und Elektronische Geräte: 8%
- Automobil: 5%
- Landwirtschaft: 5%
- Andere: 14%

Quelle: Eunomia (2017) © Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



31.500

Tonnen Abfall entsorgen  
Kommunale Abfallwirtschafts-  
und Stadtreinigungsbetriebe  
in Deutschland pro Tag.

## › VERNETZUNG DER KOMMUNALEN UNTERNEHMEN IN EUROPA

### Estonia meets VKU – vom digitalen Vorreiter Estland lernen

Estland ist in Europa zu einem Vorbild in Sachen Digitalisierung avanciert – Skype wurde in Tallinn erfunden, die elektronische Steuererklärung in drei Minuten ist für über 90 Prozent der estnischen Bürgerinnen und Bürger Realität. Auch Medikamente erhält man über ein elektronisches Rezept. Das baltische Musterland zieht Start-ups aus aller Welt an, die Bedingungen für die Tech-Szene gelten als großartig.

Deutschland kann noch viel von seinem europäischen Freund lernen. Im Rahmen der VKU-Learning Journey 2016/2017/2018 vernetzt der VKU seine Mitgliedsunternehmen mit Praktikern aus dem EU-Digitalland Nummer eins. In drei Fachworkshops wurden bereits die Themen smarte Infrastrukturen, Big Data und Cybersicherheit diskutiert. Ein konstanter Austausch und Projektentwicklungen laufen.

*„Beeindruckend ist die konsequente Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen in Estland, bei der immer der Kundennutzen im Zentrum steht. Estland ist es so gelungen, eine große Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen und die politischen Ziele der größtmöglichen Prozesseffizienz der Verwaltung zu erreichen.“*

Andreas Feicht, Vizepräsident kommunaler Unternehmen e.V. und Vorsitzender der Geschäftsführung WSW Wuppertaler Stadtwerke



*„Ich bin beeindruckt vom ganzheitlichen und sehr pragmatischen Ansatz der Esten, durch Digitalisierung die Lebensqualität des Einzelnen und die Effizienz des Gesamtsystems zu erhöhen.“*

Timo Poppe, Vorsitzender Ausschuss Digitalisierung, Verband kommunaler Unternehmen e.V. und Vorstand Infrastruktur und Finanzen der SWB AG, Bremen



*„Estonia has developed into the first digital society in the world, providing a seamless environment where people, business and administration act and interact digitally in their daily lives and work. For the utility companies this has given the possibility to re-think the interaction with customers as well as internal processes.“*

Priit Alamäe, Gründer & Vorstandsvorsitzender, Nortal AS



Seit  
**2010**

betreibt der Entsorgungsverband Saar eine grenzüberschreitende Kläranlage, die die Abwässer der luxemburgischen Gemeinden Remich, Wellenstein und Schengen sowie von fünf Ortsteilen der saarländischen Gemeinde Perl reinigt.

### Grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg – ein Beispiel

#### Kooperation Entsorgungsverband Saar & Syndicat Mixte de Transport et de Traitement

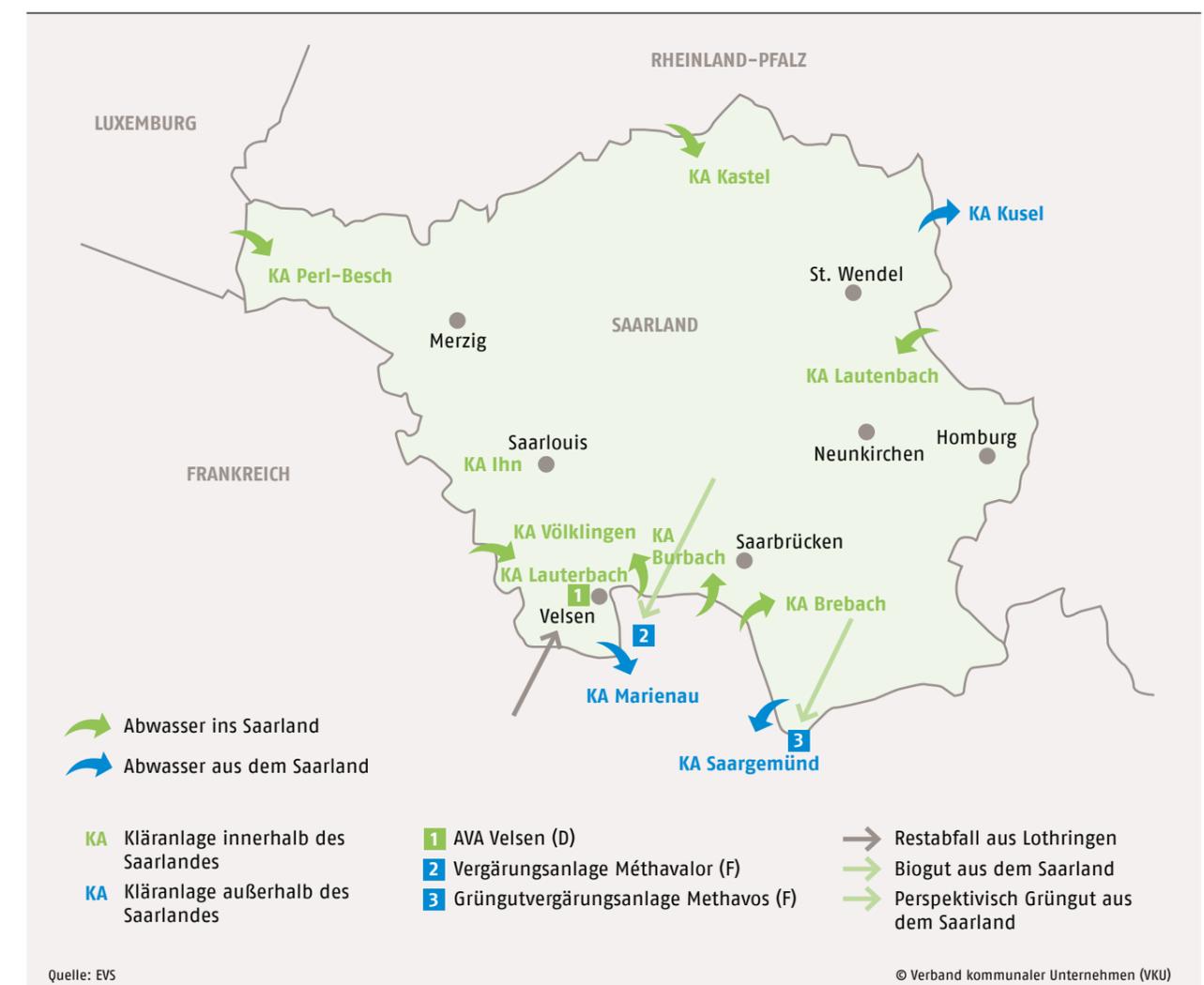
Der Entsorgungsverband Saar (EVS) setzt den europäischen Gedanken praktisch um. Als Zweckverband der saarländischen Städte und Gemeinden ist er der kommunale Dienstleister für die überörtliche Abfallbehandlung und Abwasserreinigung. Für mehr als 40 Kommunen organisiert er die Sammlung und den Transport der Hausabfälle. Er kooperiert mit Verbänden, Städten und Gemeinden in Lothringen, Rheinland-Pfalz und Luxemburg. Während der EVS zum Beispiel die Kapazitäten des benachbarten lothringischen Abfallverbandes Sydeme bei der Behandlung von Biogut nutzt, nimmt Sydeme die des EVS bei der Verwertung

seines Restabfalls in Anspruch. Zudem betreibt der EVS seit 2010 eine grenzüberschreitende Kläranlage in Perl-Besch, die die Abwässer der luxemburgischen Gemeinden Remich, Wellenstein und Schengen sowie von fünf Ortsteilen der saarländischen Gemeinde Perl reinigt.

Fazit des EVS: Durch diese Netzwerke ergeben sich erstklassige Chancen für erfolgreiche Projekte und Synergieeffekte, von denen alle profitieren, beispielsweise durch geringere Investitions- und Betriebskosten für Anlagen zur Abfallbehandlung und Abwasserreinigung, durch geringere Eingriffe in die Landschaft und den Austausch von Wissen und Technologien.

Für den EVS ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den französischen und luxemburgischen Partnern Alltag, der ohne die von der Europäischen Union geschaffenen Rahmenbedingungen jedoch undenkbar wäre.

#### KOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEUTSCHLAND, FRANKREICH UND LUXEMBURG



## › BEST PRACTICES DER DEUTSCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

### Abwärmenutzung für die Fernwärmeversorgung durch die Stadtwerke Karlsruhe

Seit 2012 nutzen die Stadtwerke Karlsruhe die Abwärme einer Raffinerie für die Fernwärmeversorgung. Mittlerweile sind mehr als 90 MW in Betrieb, die mehr als die Hälfte der Fernwärme in Karlsruhe erzeugen. Durch die Kombination aus Abwärme und Kraft-Wärme-Kopplung sind sowohl der Primärenergiefaktor als auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen niedrig. Die Anlage spart ca. 100.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr.



### EU-Projekt „Celsius“ der RheinEnergie und der Stadtentwässerungsbetriebe Köln

Im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union ist in Köln das EU-Projekt „Celsius“ (Combined Efficient Large Scale Integrated Urban Systems) umgesetzt worden. EU-weit haben sich mehrere Städte daran beteiligt. Zu den Projektpartnern in Köln gehören neben der Stadt Köln die RheinEnergie AG, die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR, und die Technische Hochschule in Köln. Das Projekt zielt auf Kühlung und Wärme unter ökologischen Gesichtspunkten ab. In Köln wird dazu Wärme aus dem Abwasserstrom gewonnen. Die Wärme, die gewonnen und in einzelnen Haushalten genutzt werden kann, ersetzt die Grundversorgung. Über das Jahr hinweg kann damit der Basiswärmebedarf gut abgedeckt werden. Auf diese Weise können fossile Brennstoffe ersetzt werden. Im Projekt Köln haben dafür die Stadtverwaltung, die RheinEnergie und die Stadtentwässerungsbetriebe Köln an einem Strang gezogen.



### Halle 2 – Gebrauchtwarenkaufhaus des Abfallwirtschaftsbetriebs München

Ende 2016 hat der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) sein Gebrauchtwarenkaufhaus, die Halle 2, in neuen und größeren Räumlichkeiten eröffnet. Gegenstände, die auf den zwölf Münchener Wertstoffhöfen abgegeben werden, bekommen hier ein neues Leben. Rund 1.000 Tonnen Abfall werden damit jährlich vermieden. Viele Münchenerinnen und Münchner nutzen die Möglichkeit, gebrauchte Gegenstände und Kuriositäten günstig einzukaufen, oder nehmen an regelmäßigen Versteigerungen oder Repair-Café-Aktivitäten teil. Belohnt für sein innovatives Konzept wurde der AWM im November 2017, indem er mit dem Eurocities Award in der Rubrik „Kreislaufwirtschaft und Kooperationen“ ausgezeichnet wurde.



# 1.000

Tonnen Abfall werden durch das Gebrauchtwarenkaufhaus des Abfallwirtschaftsbetriebs München (AWM) jährlich vermieden.

## › EIN BLICK AUF UNSERE EUROPÄISCHEN DACHVERBÄNDE

### CEEP



Ziel des 1961 gegründeten europäischen Verbandes der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen (CEEP) ist es, auf europäischer Ebene sowohl für einzelne Unternehmen als auch für Unternehmensverbände zu sprechen, die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse erbringen.

Des Weiteren ist er der europäische Verband der öffentlichen Arbeitgeber und als solcher einer der drei von der EU-Kommission anerkannten europäischen Sozialpartner. Zu seinen Mitgliedern gehören Unternehmen und Organisationen aus den Sektoren Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Wohnungswirtschaft, Post und Telekommunikation sowie weiteren öffentlichen Dienstleistungsbereichen. Im jährlichen Tätigkeitsbericht informiert der CEEP über seine Aktivitäten.

Seit Juni 2016 ist Katherina Reiche Präsidentin des CEEP.



*„Gerade jetzt, da die Europäische Union vor zahlreichen Herausforderungen steht, braucht es starke öffentliche Dienstleister. Sie sind der Garant eines stabilen Wirtschaftsstandorts und genießen das Vertrauen der Bürger. Zudem ermöglichen die öffentlichen Dienste erst die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU.“*

Katherina Reiche, Präsidentin des europäischen Verbandes der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen (CEEP)

### CEDEC



CEDEC vertritt die Interessen von mehr als 1.500 kommunalen und lokalen Energieunternehmen auf Ebene der Europäischen Union. Der 1992 gegründete Verband mit Sitz in Brüssel vereint Mitglieder (Verbände und Unternehmen) aus Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, den Niederlanden, Belgien, Bulgarien, Schweden, der Schweiz und Norwegen. Der VKU ist ein aktives und wichtiges Mitglied bei CEDEC.

Vor dem Hintergrund, dass die Mitglieder der CEDEC ausschließlich auf kommunaler und lokaler Ebene im Energiesektor tätig sind, kann der Verband die Positionen der kommunalen und lokalen Energieversorgungsunternehmen auf dem Brüsseler Parkett dezidiert entwickeln und vertreten. Aufgrund dieser Eigenschaft ist CEDEC in allen entsprechenden Arbeitsgruppen der EU (Europäische Kommission, CEER, ACER) vertreten. Seit Juni 2018 ist Andreas Feicht, Vizepräsident des VKU, zugleich Präsident der CEDEC. Seit 2008 ist Michael Wübbels, stellvertretender VKU-Hauptgeschäftsführer, im Vorstand der CEDEC.

### MWE



Municipal Waste Europe vertritt die Interessen der kommunalen Entsorgungswirtschaft in Europa. Der Verband setzt sich insbesondere für die Wahlfreiheit der Kommunen ein, die Entsorgung des kommunalen Abfalls selbständig zu organisieren.

Seit Anfang des Jahres 2010 ist auch der VKU Mitglied in diesem europäischen Dachverband, um die speziellen Interessen der kommunalen Entsorgungswirtschaft auf europäischer Ebene noch gezielter durchzusetzen. Seit 2017 ist Patrick Hasenkamp, Vizepräsident des VKU, zugleich Präsident von Municipal Waste Europe. Herr Hasenkamp war bereits seit 2015 als MWE-Vizepräsident in Brüssel tätig.



*„Europa ist vielfältig, und die regionalen Unterschiede sind groß. Das gilt auch für die Abfallwirtschaft. Es ist nicht immer einfach, einen gemeinsamen Nenner für die unterschiedlichen Entwicklungsniveaus und Traditionen in den Mitgliedstaaten zu finden. Dennoch ist es unverzichtbar, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Dafür will ich mich einsetzen.“*

Patrick Hasenkamp, Präsident des europäischen Verbandes der kommunalen Entsorgungswirtschaft (MWE)

*„Zwar wird die wachsende Bedeutung der Verteilnetzbetreiber für die Verwirklichung der Energiewende anerkannt, allerdings muss der gesetzgeberische Rahmen diesem Faktum besser Rechnung tragen. Als Betreiber von Stromverteiler-, Wärme- und Gasnetzen haben sie den Schlüssel für eine effiziente Sektorenkoppelung. Verteilnetzbetreiber sind bürgernahe Systemmanager und Experten für ganzheitliche Lösungen zur Energieversorgung. Für die notwendigen lokalen Gestaltungsspielräume muss die Politik sorgen.“*

Andreas Feicht, Präsident des europäischen Verbandes kommunaler und lokaler Energieunternehmen (CEDEC)



## › IHRE ANSPRECHPARTNER IN BRÜSSEL



**Christina Overmeyer**

Leiterin Politik und Verbände  
Themen: Kreislaufwirtschaft,  
Datenwirtschaft, Ordnungspolitik  
Fon: +32 2 74016-54  
overmeyer@vku.de



**Dr. Florian Gräßler**

Leiter Politik und  
Mitgliederangelegenheiten  
Themen: Energiepolitik  
Fon: +32 2 74016-53  
graessler@vku.de



**Christiane Barth**

Referentin  
Themen: Wasser- und Abwasser-  
politik, Telekommunikation,  
Digitalunion  
Fon: +32 2 74016-56  
barth@vku.de



**Manuela Frisch**

Assistentin  
Fon: +32 2 74016-50  
frisch@vku.de



**Manuela Ernst**

Assistentin  
Fon: +32 2 74016-55  
ernst@vku.de

**VKU-Büro Brüssel**

9-31, Avenue des Nerviens, box 6  
1040 Brüssel  
Belgien

**Kontakt**

Fon: +32 2 74016 - 50  
Fax: +32 2 74016 - 51  
infobruessel@vku.de  
www.vku.de

## › IMPRESSUM

**Herausgeber**

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)  
Invalidenstraße 91, 10115 Berlin  
Fon +49 30 58580-0, Fax +49 30 58580-100  
www.vku.de, info@vku.de

**Gestaltung und Produktion**

VKU Verlag GmbH, Berlin/München  
Invalidenstraße 91, 10115 Berlin  
Fon +49 30 58580-850, Fax +49 30 58580-6850

**Bildnachweis**

stock.adobe.com/artjazz (Titel), shutterstock.com/Anton Balazh (S. 6), stock.adobe.com/rh2010 (S. 9), stock.adobe.com/xiaoliangge (S. 12), stock.adobe.com/Christian Schwier (S. 14), stock.adobe.com/Vladimir Gerasimov (S. 16), stock.adobe.com/Konstantin Romanov (S. 17), stock.adobe.com/Werner (S. 18), stock.adobe.com/AG061 (S. 20), stock.adobe.com/animaflorea (S. 21), stock.adobe.com/eyetronic (S. 22), stock.adobe.com/locrifa (S. 25), stock.adobe.com/3dkombinat (S. 27), stock.adobe.com/Countrypixel (S. 28), Stadtwerke Karlsruhe (S. 30), stock.adobe.com/Matthias Buehner (S. 30), Abfallwirtschaftsbetriebe München, AWM (S. 31)

[www.vku.de](http://www.vku.de)